

II-9404 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

1010 Wien, den
Stubenring 1
Telefon (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
DVR: 0017001
P.S.K.Kto.Nr.5070.004
Auskunft

Zl. 30.037/37-III/S/12/1989

--
Klappe Durchwahl

4313 IAB

1989 -12- 13

zu 43641J

B e a n t w o r t u n g

der Parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten SRB und Freunde
betreffend Obdachlosigkeit, "Befangenheit" und politische
Verantwortung gegenüber sogenannten "Randschichten"

(Nr. 4364/J)

FRAGE 1

Trifft es zu, daß Sie am 29. Juni 1989 bei einer Besprechung mit Vertretern der nach einem Jahr noch immer obdachlosen Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo eine Projektvorbereitungsförderung für die Errichtung eines Wohn-, Kultur- und Arbeitszentrums fix zugesagt und dieses Ihr Vorgehen gegenüber einem Redakteur des "Standard" auch bestätigt haben?

ANTWORT

Bei der Besprechung am 29. Juni 1989 habe ich den Vertretern der Obdachlosenhausgemeinschaft Aegidi-/Spalowskygasse prinzipiell zugesagt, die Finanzierung einer Projektvorbereitung unter den hierfür üblichen Bedingungen aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung zu gewähren, wozu auch die Lösung des Wohnproblems (Verfügbarkeit eines Wohnhauses) gezählt wurde. Einem Redakteur des "Standards", der auch mich kontaktierte, wurde dies mitgeteilt.

- 2 -

FRAGE 2

Entspricht es den Tatsachen, daß Sie diese Zusage nach Erscheinen eines diesbezüglichen Artikels im "Standard" vom 5.7.1989 zurückgezogen bzw. relativiert haben?

ANTWORT

Meine Zusage wurde nach Erscheinen des von den Abgeordneten angeführten Artikels im "Standard" vom 5.7.1989 nicht zurückgezogen bzw. relativiert, ich habe vielmehr die für die Förderung maßgeblichen Auflagen konkretisiert, was auch in einem veröffentlichten Leserbrief meines Pressereferates festgehalten wurde.

FRAGE 3

Glauben Sie, daß eine derartige Vorgangsweise der Tradition Ihres Amtsvorgängers, der Sie sich laut Ihren Erklärungen anlässlich Ihres Amtsantrittes "verpflichtet" fühlen, entspricht?

ANTWORT

So wie mein Vorgänger lege auch ich Wert darauf, daß bei der Gewährung von Förderungen die dafür maßgeblichen Bestimmungen eingehalten werden. Insofern entspricht meine Vorgangsweise auch der Tradition meines Amtsvorgängers.

FRAGE 4

Halten Sie die Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo - so wie Ihr Amtsvorgänger - für ein sozialpolitisch relevantes Projekt im Umgang mit von Arbeits- und Obdachlosigkeit Betroffenen?

Wenn ja, wie erklären Sie dann Ihre nunmehrige Vorgangsweise?

Wenn nein, warum nicht?

- 3 -

ANTWORT

Ich halte die Hausgemeinschaft Aegidi-/Spalowskygasse für ein sozial- und arbeitsmarktpolitisch relevantes Projekt. Meine Vorgangsweise erklärt sich wie folgt:

1. Ich habe - aufgrund der Kompetenzlage - keinerlei Möglichkeit, der Projektgruppe ein geeignetes Gebäude zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund wandte ich mich unter anderem an Herrn Bundesminister Dr. SCHÜSSEL und an Frau Stadträtin SMEJKAL und ersuchte um Bereitstellung eines leerstehenden und geeigneten Gebäudes. Des weiteren habe ich - im Einvernehmen mit der Hausgemeinschaft Aegidi-/Spalowskygasse - ein intermediäres Beratungs- und Verhandlungsteam (Dr. Erich Dimitz, Max Koch, Karl Zehetner) eingesetzt und beauftragt, die Projektgruppe bei der Sondierung der in Betracht kommenden Gebäude und bei der Klärung von Detailfragen (z.B. hinsichtlich Trägerschaft u.ä.) zu unterstützen. Für den Fall, daß weder bundes- noch gemeindeeigene Objekte zur Disposition stehen, sollte auch die Möglichkeit des Ankaufes oder der Mietung bzw. anderer Überlassungsformen eines privaten Objektes geklärt werden.

Wie mir zuletzt berichtet wurde, hat die Hausgemeinschaft neuerlich Verhandlungen mit der Gemeinde Wien bezüglich des Objektes Währinger-Gürtel 104 (in Verbindung mit leerstehenden Stadtbahnbögen) aufgenommen. In Diskussion steht auch die Bereitstellung eines Objektes durch private Interessenten.

2. Ansatzpunkte für eine unmittelbare Hilfestellung seitens meines Ressorts bietet das Arbeitsmarktförderungsgesetz hinsichtlich der geplanten Realisierung von - der Projektvorbereitung folgenden - Ausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Renovierungskurse; Beschäftigungsprojekte). In diesem Zusammenhang ist auch die Förderung der Vorbereitung derartiger Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte möglich.

- 4 -

Die Inangriffnahme und Umsetzung aller arbeitsmarktpolitischen Förderungsmaßnahmen hängt aus einsichtigen Gründen von der Verfügbarkeit eines entsprechenden Gebäudes ab. Diese Grundvoraussetzung konnte trotz intensiver Bemühungen bislang nicht geschaffen werden.

3. Die Wirkungszusammenhänge zwischen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit rechtfertigen meines Erachtens zweifellos die Schaffung von Wohn-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Obdachlose. Ich sehe es auch als eine Aufgabe der aktiven Arbeitsmarktpolitik, besonders benachteiligte Personengruppen vor ihrer Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt zu bewahren. Dies gilt selbstverständlich auch für Menschen, die in ihren Verhaltens- und Kulturmustern von den gängigen Normen abweichen. Die Diskriminierung oder Kriminalisierung dieser Gruppen verhindert ihre soziale Integration und trägt zu einer ausgeweglosen individuellen Berufsperspektive bei.

Es wäre wünschenswert, daß die verfassungsmäßig zuständigen Gebietskörperschaften in Fragen des Sozial- und Wohnungswesens von einer ähnlichen Sichtweise ausgehen. Durch das Zusammenwirken aller betroffenen Stellen könnte es gelingen, eine rationale und pragmatische Lösung zu finden, um eine mögliche Eskalierung um die Gruppe der Hausgemeinschaft Aegidi-/Spalowskygasse zu vermeiden.

In diesem Sinne habe ich das oberwähnte Beratungs- und Verhandlungsteam auch beauftragt, einen Erfahrungsaustausch mit vergleichbaren Berliner Projekten vorzubereiten. Diese Veranstaltung soll den notwendigen Verständigungsprozeß unterstützen.

- 5 -

FRAGE 5

Ist Ihnen bekannt, daß der Berufsverband der diplomierten Sozialarbeiter - neben vielen anderen mit der Materie Befassten - Gruppen wie die Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo für ein bemerkenswertes soziales Experiment hält, das im Prinzip unbezahlte (und unbezahlbare) Sozialarbeit leistet? Schließen Sie sich dieser Ansicht an?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

ANTWORT

Die positive Haltung des Berufsverbandes der diplomierten Sozialarbeiter ist mir bekannt und ich teile die Ansicht, wonach im Rahmen der Hausgemeinschaft Aegidi-/Spalowskygasse ehrenamtliche und unbezahlte Sozialarbeit geleistet wird.

Eines der Kennzeichen von Selbsthilfeinitiativen, die sich als Reaktion auf unbefriedigende Zustände verstehen, ist, daß sie außerhalb von etablierten staatlichen Betreuungsformen entstehen. Die Mitarbeit von engagierten Personen, die Wohnung und Arbeit haben und die die betroffenen Arbeitslosen und Obdachlosen auf verschiedenste Weise unterstützen, drückt in diesem Sinne zum einen ein gesellschaftliches Anliegen aus und bietet zum anderen konkrete Hilfestellungen, die von institutionalisierten Formen der Sozialarbeit nicht in der Form wahrgenommen werden können (Zugangs- und Akzeptanzprobleme).

Im Laufe der weiteren Entwicklung der Hausgemeinschaft könnten in die Gesamtkonzeption auch adäquate Beratungs- und Betreuungsprojekte aufgenommen werden, die - von öffentlichen Stellen finanziert - bis dahin ehrenamtliche Tätigkeit in hauptamtliche und bezahlte Tätigkeit überführen.

- 6 -

FRAGE 7

Entspricht es den Tatsachen, daß bei der Besprechung vom 29.6.1989 sieben Personen anwesend waren, nämlich Sie selbst, Ihr damaliger Sekretär, der Abteilungsleiter der zuständigen Sektion des BMAS sowie vier Vertreter der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo?

ANTWORT

Ja

FRAGE 8

Wie erklären Sie sich den Umstand, daß diese Personen, denen - soweit es hochrangige Bedienstete Ihres Ministeriums und Repräsentanten der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo betrifft - niemand mangelnde Auffassungsgabe bzw. mangelnde sozialpolitische Kompetenz nachzusagen vermag, einhellig einen vollständig anderen Eindruck von diesem Gespräch hatte als Sie?

ANTWORT

Ich kann nicht beurteilen, ob die beim Gespräch anwesenden Personen "einhellig einen vollständig anderen Eindruck von diesem Gespräch" als ich hatten.

- 7 -

FRAGE 9

Warum haben Sie Ihre ursprüngliche Zusage zurückgezogen?

ANTWORT

Meine ursprüngliche Zusage wurde nicht zurückgezogen, ich verweise hier auf die Beantwortung der Frage 2.

FRAGE 10

Entsprechen Aussagen Ihres Sekretariats, denen zufolge Sie von Beamten Ihres Ministeriums "überfahren" bzw. "falsch informiert" wurden, den Tatsachen?

Wenn ja, wer hat Sie falsch informiert? (Bitte um Angabe der Namen)

Worin bestanden konkret diese Fehlinformationen?

ANTWORT

Mein Sekretariat besteht aus mehreren Mitarbeitern, sodaß im Hinblick auf die Frage geklärt werden müßte, wer die von den Abgeordneten kolportierte Aussage wem gegenüber gemacht haben soll. In autorisierter Funktion ist dies nicht geschehen, und ich kenne auch keine diesbezügliche Aussage.

FRAGE 11

Heutzutage wird viel von Politikverdrossenheit geredet: Sind Sie der Ansicht, daß ein Verhalten wie Ihres im Falle Ägidi/Spalo geeignet ist, um bei den sogenannten "Randgruppen" die vielbeschworene Glaubwürdigkeit der Politiker zu erwecken oder gar zu bestärken?

ANTWORT

In den Gesprächen mit Vertretern und Vertreterinnen der Hausgemeinschaft habe ich stets betont, daß ich bereit bin, auf Grundlage des Arbeitsmarktförderungsgesetzes die Durchführung von Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten und auch deren Vorbereitung aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung zu unterstützen.

Die Fragestellung geht offensichtlich von der Fehlerwartung aus, daß die zunächst notwendige Bereitstellung eines entsprechenden Gebäudes (etwa das ehemalige Arbeitsamt Embelgasse) in meine Entscheidungskompetenz fällt. Die im Zusammenhang mit der Hausfrage aufgetretenen Vorkommnisse habe ich keinesfalls zu verantworten. Dieser Sachverhalt wurde mit den Vertreter/innen der Hausgemeinschaft eingehend erörtert und nach meinem Dafürhalten nachvollziehbar dargestellt.

Im Rahmen der von mir vertretenen aktiven Arbeitsmarktpolitik nehmen Maßnahmen der experimentellen Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere auf Problemgruppen des Arbeitsmarktes ausgerichtet sind, einen wichtigen und festen Bestandteil ein. Die Glaubwürdigkeit meiner Politik wird nicht zuletzt durch die Forcierung der Förderung von sozial-ökonomischen Beschäftigungsprojekten, von sozialen Kursmaßnahmen und von Beschäftigungs- und Betreuungsprojekten im Rahmen der "AKTION 8.000" dokumentiert.

FRAGE 12

Glauben Sie nicht vielmehr, daß Ihr Verhalten zu einer weiteren Eskalation beiträgt, die den eigentlich Betroffenen angesichts der zweideutigen Haltung hochkarätiger Politiker Ihres Kalibers schwerlich angelastet werden kann?

- 9 -

ANTWORT

Ich habe mit Vertretern und Vertreterinnen der Hausgemeinschaft am 21. Juli 1989 ein neuerliches Gespräch geführt, um offensichtliche Mißverständnisse zu klären. Ziel dieses Gespräches war es, jede weitere Eskalierung des Konfliktes zwischen der Hausgemeinschaft und staatlichen Stellen zu vermeiden und eine gemeinsame sachliche und pragmatische Vorgehensweise zu finden. Bezüglich meines Verhaltens sei hier insbesondere auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen. Die emotionale Involvierung in einer langwierigen Auseinandersetzung ist verständlich, doch liegt es auch an der Gruppe der Hausgemeinschaft, sich für eine geeignete Form der Konfliktaustragung zu entscheiden, welche auch eine Hilfestellung durch öffentliche Rechtsträger ermöglicht.

FRAGE 13

Entsprechen Aussagen Ihres Sekretariats, denen zufolge hochrangige Wiener SPÖ- und Rathausfunktionäre gegen ein Projekt der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo interveniert haben, den Tatsachen?

Wenn ja, wer waren diese Personen?

Welcher Argumentation bedienten sich diese Funktionäre Ihrer Partei bzw. der Gemeinde Wien?

ANTWORT

Ich verweise auf die Beantwortung der Frage 10.

FRAGE 14

Entspricht es Ihrer Amtsauffassung als Bundesminister für Arbeit und Soziales, sich im Gegensatz zu Ihrem tragisch verunglückten Amtsvorgänger als Erfüllungsgehilfe von Gemeindepolitikern zu gerieren?

- 10 -

Wenn ja, warum?

Wenn nein, wie erklären Sie Ihr Verhalten?

ANTWORT

Es entspricht meiner Amtsauffassung als Bundesminister für Arbeit und Soziales, bei Förderungsprojekten, an denen andere öffentliche Stellen mitwirken bzw. welche diese mitfinanzieren sollen, das Einvernehmen mit diesen Stellen herbeizuführen.

FRAGE 15

Wie fassen Sie Ihre Funktion als Bundesminister für Arbeit und Soziales auf angesichts der Tatsache, daß in Österreich laut seriöser Schätzungen über 23.000 Personen obdachlos sind?

Verstehen Sie sich, so wie Ihr Amtsvorgänger, als "Anwalt der Benachteiligten und Unterdrückten"?

Wenn ja, was gedenken Sie in dieser Frage zu unternehmen?

Wenn nein, warum nicht?

ANTWORT

Selbstverständlich trete ich in meiner Funktion als Bundesminister für Arbeit und Soziales für die Interessen der sozial Schwachen und der Benachteiligten der Gesellschaft, die die Hilfe des Sozialstaates am dringendsten benötigen, ein. Bezüglich des Problemes der Obdachlosigkeit stehen mir - wie meinem Amtsvorgänger - aufgrund der Kompetenzlage nur beschränkte Handlungsmöglichkeiten offen. Von meinem Ressort werden vor allem zahlreiche Beschäftigungsprojekte für Obdachlose aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung unterstützt.

- 11 -

FRAGE 16

Welche Schritte gedenken Sie in Ihrer Eigenschaft als Bundesminister für Arbeit und Soziales konkret zu unternehmen, um die Lage der Unterschichten zu bessern ?

ANTWORT

Ich halte vor allem die Einführung bzw. Verbesserung von Mindeststandards in den Sozialsystemen für eine vordringliche Aufgabe. Die überproportionale Erhöhung der Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung - wie durch die 48. ASVG-Novelle realisiert - sowie die Verbesserung bei der Berechnung von Arbeitslosengeldleistungen für Personen mit niederen Einkommen (Einführung eines "echten" Mindeststandards) sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ich werde mich auch mit aller Kraft dafür einsetzen, daß ehest bald eine befriedigende Lösung für die Vorsorge pflege- und hilfsbedürftiger Menschen gefunden wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen eingesetzt wurde, sollen in der ersten Jahreshälfte 1990 vorgelegt werden.

FRAGE 17

Welche Schritte gedenken Sie in Ihrer Eigenschaft als Bundesminister für Arbeit und Soziales konkret in Hinblick auf die Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo zu unternehmen?

ANTWORT

Zunächst werde ich mich bei den hierfür zuständigen Stellen auch weiterhin dafür aussprechen, daß der Hausgemeinschaft Aegidi-/Spalowskygasse ein geeignetes Objekt zur Verfügung gestellt wird, damit die Grundvoraussetzung für alle weiteren Umsetzungsschritte geschaffen wird.

Wie der Antwort zu Frage 4 zu entnehmen ist, können in der Folge Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen entwickelt

- 12 -

und umgesetzt werden, wobei - auf Grundlage des Arbeitsmarktförderungsgesetzes - auch Beihilfen aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung zum Einsatz gebracht werden können. Für die Entwicklung und Umsetzung der notwendigen Projektkonzepte stehen der Hausgemeinschaft auch Beratungseinrichtungen zur Verfügung.

Als vorangehende Begleitmaßnahme halte ich auch einen Erfahrungsaustausch mit vergleichbaren Berliner Projekten für zweckmäßig (siehe auch Antwort 4).

FRAGE 18

Gedenken Sie, sich weiterhin dem Druck von Kommunalpolitiker/innen zu beugen?

ANTWORT

Meine Entscheidungen basieren auf den dafür maßgeblichen Gesetzen und erfolgen in meiner Verantwortlichkeit als Bundesminister für Arbeit und Soziales.

FRAGE 19

Was schlagen Sie in Hinblick auf die nach wie vor obdachlose Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo vor?

ANTWORT

Das Arbeitsmarktförderungsgesetz bietet keine Möglichkeit, finanzielle Mittel für die Schaffung von Wohnmöglichkeiten für Obdachlose zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund hoffe ich, daß die Verhandlungen zwischen der Hausgemeinschaft, der Gemeinde Wien und/oder privaten Verhandlungspartnern zu einem befriedigendem Ergebnis führen. Sofern von der Hausgemeinschaft Ägidi-/Spalowskygasse realisierbare Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte angeboten werden, können selbstverständlich die im Arbeitsmarktförderungsgesetz vorgesehenen Förderungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden.

- 13 -

FRAGE 20

Bis wann werden Sie diesbezüglich konkrete Schritte setzen?

ANTWORT

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 4, 17 und 19 verwiesen. Ich werde auch weiterhin die Anliegen der Hausgemeinschaft bei den zuständigen Stellen unterstützen.

FRAGE 21

Teilen Sie unsere Meinung, daß Ihr widersprüchliches Verhalten im Fall der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo zu einer weiteren Radikalisierung der sogenannten autonomen Szene beiträgt? Wie gedenken Sie, sich dieser Ihrer Verantwortung zu stellen?

ANTWORT

Mein Verhalten ist nicht widersprüchlich (siehe auch die Beantwortung der Fragen 1 und 2). Im übrigen beinhaltet die Frage eine extrem subjektive Einschätzung, die ich nicht im Sinne des Aktes der Vollziehung beantworten kann.

FRAGE 22

Sind Sie etwa - im Gegensatz zu Ihrem Amtsvorgänger - der Ansicht, daß die Gemeinde Wien die "Angelegenheit" Ägidi/Spalo mit Baggern, Polizeihundertschaften, Tränengas, Wasserwerfern und fortlaufender Kriminalisierung richtig angepackt hat?

ANTWORT

Ich habe als Bundesminister für Arbeit und Soziales die von den Abgeordneten erwähnten Aktionen der Gemeinde Wien nicht zu werten.

- 14 -

FRAGE 23

Sind Sie der Meinung, daß es die Aufgabe des Sozialministers ist, sich mit den verantwortlichen Gemeindepolitikern zu solidarisieren?

ANTWORT

Ich verweise auf die Beantwortung der Fragen 14 und 18.

FRAGE 24

Beabsichtigen auch Sie - so wie die Wiener Gemeindepolitiker - in Hinkunft die Polizei zum wirksamen Instrument der Sozialpolitik zu küren?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, was gedenken Sie zu unternehmen, um die unhaltbare Lage der Ägidi/Spalo zu bessern und einer weiteren Eskalation vorzubeugen?

ANTWORT

Die Exekutive ist aufgrund der ihr zugewiesenen Aufgaben kein "Instrument der Sozialpolitik". Zur Frage, was ich zu unternehmen gedenke, um die unhaltbare Lage der Aegidi-/Spalowskygasse zu verbessern, verweise ich auf die Beantwortung der Frage 4.

FRAGE 25

Glauben Sie, daß Ihr Verhalten gegenüber der allgemein bekannten Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo geeignet ist, das Vertrauen anderer Sozialprojekte in Ihr Wort zu stärken?

- 15 -

ANTWORT

Mein Verhalten wurde bereits anlässlich vorangehender Fragen eingehend dargelegt. Das Vorhaben der Hausgemeinschaft Aegidi-/Spalowskygasse weist eine Reihe von spezifischen Merkmalen auf, die - in Verbindung mit einem allgemeinen politischen Anliegen - spezifische Schwierigkeiten bei der Realisierung eines derartigen Wohn-, Kultur-, Kommunikations- und Werkstättenzentrums mit sich bringen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß die im gegenständlichen Fall aufgetretenen Probleme auch bei anderen Sozialprojekten auftreten. Die Förderung der verschiedenen Formen von Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten für sozial und auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligte wird auch künftig forciert und wird das Vertrauen dieser Sozialprojekte wohl kaum vermindern. Bezüglich der Kontinuität der Förderung von derartigen Maßnahmen der experimentellen Arbeitsmarktpolitik wird auch auf die Antwort zu Frage 11 verwiesen.

FRAGE 26

Sind Sie sich der Verantwortung, die gerade in der symbol- und emotionsbeladenen Frage der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo auf Ihren Schultern lastet, bewußt?

Wenn nein, wie sehen Sie heute, im Gegensatz zum Gespräch vom 29.6.1989, die "Angelegenheit" Ägidi/Spalo?

Wenn ja: was gedenken Sie zu unternehmen?

ANTWORT

Der Fragestellung liegt offensichtlich die nicht einlösbare Erwartungshaltung zugrunde, daß es in meinem Ermessen gelegen sei, der Hausgemeinschaft ein leerstehendes und geeignetes Gebäude zur Verfügung zu stellen und damit die Grundvoraussetzung für alle weiteren Umsetzungsschritte zu schaffen. Ich werde meine Verantwortung hinsichtlich der angesprochenen Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte wahrnehmen. Auf die Ausführungen zu den Fragen 4 und 17 wird verwiesen.

- 16 -

FRAGE 27

Stimmt es, daß mehrere Beamte Ihres Ressorts gegen die Art und Weise, wie Sie die Projektvorbereitung der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo behandelt haben, protestierten?

ANTWORT

Ich habe einen von mehreren Beamten meines Ressorts unterschriebenen Brief erhalten, in dem sie ihre Sichtweise zu meiner Entscheidung betreffend die Hausgemeinschaft Aegidi-/Spalowskygasse mitteilen.

FRAGE 28

Glauben Sie, daß diese Beamten den Sachverhalt schlechter kennen als Sie? Wenn ja, warum?

ANTWORT

Diese Frage betrifft keinen Akt der Vollziehung, sondern eine subjektive Wertung. Eine Beantwortung erübrigt sich daher.

FRAGE 29

Wie haben Sie sich diesem in Resolution ausgedrückten Protest gegenüber verhalten?

ANTWORT

Ich habe den Verfassern des Briefes unmittelbar darauf schriftlich geantwortet, sie zu einer Aussprache eingeladen und mit ihnen die einzelnen Standpunkte diskutiert.

- 17 -

FRAGE 30

Sind Sie ernsthaft der Ansicht, daß Interventionen der Gemeinde Wien mehr wiegen als die Bedenken qualifizierter, mit der Materie vertrauter Mitarbeiter Ihres Ressorts?

ANTWORT

Im übrigen verweise ich auf die Beantwortung der Fragen 14 und 29. Eine Beantwortung erübrigt sich daher.

FRAGE 31

Entspricht es den Tatsachen, daß Sie zuständige Beamte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales per Weisung von der Sache Ägidi/Spalo entbunden haben?

Wenn ja, warum?

ANTWORT

Ich habe veranlaßt, daß ein Beamter, der einerseits als zuständiger Abteilungsleiter mit diesem Projekt befaßt war und andererseits im Leitungsgremium der Gruppe Ägidi-/Spalowskygasse tätig war, wegen Befangenheit von der Bearbeitung dieses einen Projektes entbunden wurde.

FRAGE 32

Ihr Sekretär Dr. Roland Lengauer hat mit Weisung vom 12.7.89 den Abteilungsleiter Mag. Rainer Klien wegen "Befangenheit" von der weiteren Befassung mit der "Angelegenheit" Ägidi/Spalo entbunden:

entspricht es Ihrer Amtsauffassung, Beamte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die sich in sozialen Fragen besonders engagiert zeigen, für dieses Engagement zu bestrafen?

- 18 -

ANTWORT

In meinem Ressort wird niemand wegen seines sozialen Engagements von ihm zukommenden Aufgaben entbunden. Im übrigen verweise ich auf die Beantwortung der Frage 31.

FRAGE 33

Welche Gründe waren für die Entbindung Ihres Mitarbeiters Mag. Rainer KLIEN von der Materie maßgeblich?

ANTWORT

Hiezu verweise ich auf die Beantwortung der Frage 31 und 32.

FRAGE 34

Ist es richtig, daß Sie aufgrund der Vorfälle rund um die Projektvorbereitung der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo planen, die Abteilung III/12 (Experimentelle Arbeitsmarktpolitik) überhaupt aufzulösen?

ANTWORT

Diese Annahme entbehrt jeder Grundlage. Richtig jedoch ist, daß im Bereich der für die Arbeitsmarktpolitik zuständigen Sektion eine von deren Leitung zur Diskussion gestellte Neuorganisation debattiert wird. Keinesfalls wird es im Rahmen einer allenfalls stattfindenden Neuorganisation zu einer Minimierung des Stellenwertes der experimentiellen Arbeitsmarktpolitik kommen. Vielmehr denke ich an deren Ausweitung.

FRAGE 35

Glauben Sie, daß ein derartiges Vorgehen angesichts der aktuellen praktischen Erfahrungen mit Alternativer Arbeitsmarktpolitik in anderen westeuropäischen Ländern (z.B. GB, NL) opportun ist?

- 19 -

ANTWORT

Unter Hinweis auf die Ausführungen zu Frage 34 kann ich mich auf die Bemerkung beschränken, daß die Integration der experimentellen Arbeitsmarktpolitik in das Gesamtsystem an arbeitsmarktpolitischen Förderungsmaßnahmen im internationalen Vergleich einen bemerkenswerten Schritt zur Weiterentwicklung und zum Ausbau experimenteller Arbeitsmarktpolitik darstellt. Wie im mit dem Arbeitsmarktpolitischen Beirat in Kürze zu akkordierendem arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogramm für das Jahr 1990 festgehalten ist, bilden die Instrumente und Maßnahmen der experimentellen Arbeitsmarktpolitik einen unverzichtbaren Bestandteil der österreichischen Arbeitsmarktpolitik.

FRAGE 36

Welche Maßnahmen gedenken Sie, über das Problem der Hausgemeinschaft Ägidi/Spalo hinausgehend, in Anbetracht des nahenden Winters ganz allgemein zu dem drängenden Fragenkomplex Obdachlosigkeit von seiten Ihres Ressorts zu setzen?

ANTWORT

Obdachlosigkeit ist vor allem ein Problem der unzureichenden Wohnraumbeschaffung. Die Lösung dieses Problems obliegt in erster Linie den Gemeinden und Ländern. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann auf diesem Gebiet daher wegen fehlender Zuständigkeit nicht behilflich sein. Bei

- 20 -

Arbeitseingliederungsversuchen und Verbesserungen der Beschäftigungsmöglichkeiten von Obdachlosen wird es in Zukunft eine verstärkte Kooperation von Arbeitsmarktverwaltung und den Sozialreferaten der Länder und Gemeinden geben müssen. Die Bereitschaft meines Ressorts hierzu wurde bereits des öfteren bekundet und unter Beweis gestellt.

Der Bundesminister:

